

der damaligen Schöpfung einer freiheitlichen und einheitlichen deutschen Demokratie nicht beteiligen konnten, also vor allen Dingen uns in der DDR, das Recht und die Chance eröffnet, durch den Beitritt zur BRD nach Art. 23 auch in den Genuß dieser freiheitlich-demokratischen Werte und dieser Verfassung zu gelangen, die unter den Verfassungen freiheitlicher Demokratien heute in der ganzen Welt als vorbildlich gilt.

Wenn nicht das Grundgesetz in die DDR kommt, gehen die Menschen zum Grundgesetz,

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

schon deshalb, weil Grundgesetz, freiheitliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft ein Ganzes bilden und unteilbar sind. Das haben die Menschen erkannt. Dafür haben sie votiert.

(Zuruf eines Abgeordneten der PDS-Fraktion:  
Für die Mark haben sie votiert!)

Dafür sind sie auf die Straße gegangen, und daran wollen sie teilhaben. Ein Beitritt nach Art. 23 läßt zwar die rechtliche Identität der BRD nach innen wie außen unberührt. Verändert wird aber die reale Gestalt, in der sich die Menschen der DDR mit ihrer Würde und ihren geschichtlichen Erfahrungen einbringen.

(Zuruf eines Abgeordneten der PDS-Fraktion: Womit denn?)

Ängste vor einem Identitätsverlust, vor angeblicher Vereinahmung und Anschluß werden mit der Erarbeitung der Anpassungs- und Übergangsregelungen deutlich entkräftet.

Wir sind vom Volk gewählt. Also können wir nur im Interesse des Volkes handeln.

(Beifall bei CDU, DSU, DA und der SPD)

Vor uns steht die Aufgabe, schneller, wohl durchdachter gesetzgeberischer Arbeit. Die Fraktion der CDU/DA stellt sich den großen verfassungspolitischen Herausforderungen der deutschen Einheit auf der Grundlage unseres Bekenntnisses zu jenen Grundwerten und Grundprinzipien, wie sie das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Menschen dort schon realisiert hat.

(Beifall bei CDU, DSU und DA)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Abg. Seils, das Wort zu nehmen.

#### **Abg. Frau Seils (SPD):**

Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der hier vorgelegte Entwurf einer neuen Verfassung zeigt in sichtbarer Weise, daß in den letzten Monaten hier in der DDR nicht nur protestiert worden ist und mit aller Gewalt ein altes System abgeschüttelt worden ist. Vertreter vieler Parteien und politischer Vereinigungen haben daran gewirkt, die Visionen eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens in rechtliche Regelungen umzusetzen. Dafür gebührt ihnen ein besonderer Dank.

Ich möchte auf einige Punkte näher eingehen. Die Gestaltung und Festschreibung von Menschen- und Bürgerrechten hat in der Geschichte der Staaten eine lange Tradition. Menschen- und Bürgerrechte sind über die Jahrhunderte weiterentwickelt und dem Stand der Entwicklung menschlichen Zusammenlebens angepaßt worden.

Der im Entwurf einer neuen Verfassung der DDR enthaltene Katalog der Menschen- und Bürgerrechte entspricht in hervorragender Weise dieser Entwicklung. Das trifft für mich in besonderer Weise zu für den Schutz des einzelnen und den Schutz der Schwachen in der Gesellschaft. Besonders zu erwähnen ist dabei der Satz „Jeder schuldet jedem die Anerkennung als Gleicher“, desweiteren die Sicherung der Rechte der Frauen, der Kinder,

der Fremden oder Ausländer und der besondere Schutz der alten Menschen.

Für meine Generation, die in einer immer stärkeren existentiellen Bedrohung der natürlichen Umwelt auf gewachsen ist, ist die Festschreibung der Verpflichtung des Staates und aller seiner Bürger zum Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage künftiger Generationen, also unserer Kinder und Kinderkinder, eine der wichtigsten Regelungen dieses Katalogs.

Wie soll denn nun mit diesem Entwurf umgegangen werden? Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes leben im Augenblick in einer Phase außerordentlicher Rechtsunsicherheit. Fast jede Gesetzesinitiative, die in diesem Parlament eingebracht wird, ist verbunden mit einer Verfassungsfrage. Wir bewegen uns ständig in den Ketten der Rechtsregelungen der letzten 40 Jahre, die wir doch eigentlich abzuschütteln versuchen. Eine neue Verfassung würde uns in den Stand versetzen, über einen Rahmen für die rechtsgestaltende Arbeit von der untersten Ebene dieses Staates an zu verfügen. Wir würden in die Lage versetzt, endlich hinein in die zukünftige Gestalt eines menschlichen Zusammenlebens zu arbeiten. Dabei wäre darauf hinzuwirken, daß die Regelungen einer Übergangsverfassung der DDR in der Gestaltung der Organe des Staates und der Kompetenzen der verschiedenen Einheiten eine Angleichung an die Regelungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beinhalten. Denn nur dann sind diese Regelungen sinnvoll, wenn sie in ihrer Gestaltung in der DDR den Weg in die Einheit Deutschlands erleichtern und wirklich helfen. In dieser Hinsicht sind einige Regelungen des Entwurfs zu überarbeiten und zu überprüfen.

Eine neue Verfassung der DDR könnte also vier Ziele verwirklichen helfen: 1. die Abschaffung der Rechtsunsicherheit und die Festlegung eines Rahmens für die Entwicklung dieses Staates, 2. die Eröffnung eines einheitlichen und gesicherten Weges in eine deutsche Einheit, 3. die Sicherung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bei der Gestaltung der Einheit und 4. die Weitergabe von Anregungen für die Verfassungsdiskussion auch in der Bundesrepublik.

Die Volkskammer sollte sich in Verbindung mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes eingehend mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beschäftigen, um so den Weg dieses Landes in ein einheitliches Deutschland und damit in die Zukunft auf verfaßtem Wege zu wagen.

(Beifall vor allem bei SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun von der Partei des Demokratischen Sozialismus den Abgeordneten Jürgen Demloff, das Wort zu nehmen. Ich bitte ihn, das vom Platz aus zu machen. Ich bitte um Zuschaltung des Mikrofons.

#### **Abg. Demloff (PDS):**

Verehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Menschen mit Behinderung - auch noch in der Volkskammer am Rande sitzend, ohne einen Arbeitstisch - haben die Umwandlung in der DDR voller Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt in der Hoffnung, daß mit der historischen Chance zur Neugestaltung die Veränderung ihrer Situation auch in der DDR um sich greift, daß zahlreiche internationale Dokumente der UNO-Konvention gesetzliche Regelungen in der DDR finden.

Wir sind in diesem Prozeß einig mit zahlreichen Menschen mit Behinderungen in der BRD, die ebenfalls erhoffen, daß ihr Rechtsgebäude in diesen Fragen neu- und umgestaltet wird. Ohne bestimmte Erfahrungen sind wir in diesen Fragen nicht weitergekommen. Wir haben an den Runden Tischen als Vertreter von Menschen mit Behinderungen gelernt, daß das Rechtsgebäude umgestaltet werden muß für unsere praktische Tätigkeit. Wir sind überall immer wieder auf die Grenzen gestoßen. Aus unserer Sicht ist das nur möglich, wenn neue verfassungsrechtliche Prinzipien festgeschrieben werden. Deshalb begrüßen Menschen mit Behinderungen in zahlreichen Veranstaltungen notwendige verfassungsrechtliche Änderungen.